

Gründe, warum wir als linke Feministinnen und Antifaschistinnen NICHT gegen die sog. CoronakritikerInnen mobilisieren.

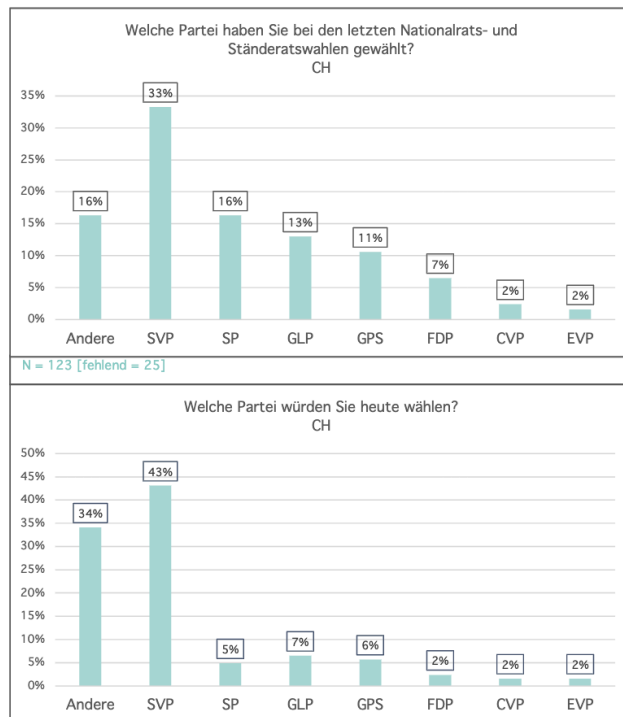
- Nur weil jemand eine Schweizer Fahne schwenkt, muss er/sie kein FaschistIn sein. Beim Wandern in den Bergen und auf dem Land wehen uns viele Schweizerfahnen entgegen. Sympathisch ist uns das nicht, und wir lehnen jeglichen Nationalismus ab, aber sind das alles FaschistInnen?

- Die repressive Pandemiepolitik hat viele Menschen politisiert, sie sind empört darüber, dass die Grundrechte mit Füßen getreten werden und nehmen sich darum die Strasse. Das ist legitim und gut so.

- Als Linke und als Feministinnen sollte es uns darum gehen, diese Menschen zu erreichen, mit ihnen unsere Sichtweisen und Ideen zu diskutieren, damit sie nicht bei den Rechten landen. Bei den Gelbwesten in Frankreich waren und sind auch viele empörte Menschen, die kein linkes Bewusstsein hatten. Veränderung konnte unter anderem darüber entstehen, dass sich Linke in der Bewegung engagiert haben.

- Laut einer Studie der Uni Basel wählen 27% der Coronamassnahmen-KritikerInnen SP und Grüne. Zählt man jene hinzu, welche die GLP wählen sind 40% aus dem links-grünen Spektrum. Heute würden alle Regierungsparteien aus diesem Wählerkreis verlieren, nur die SVP würde Stimmenzuwachs erhalten (10% plus).

siehe <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>:



- Es ist angesagt, dass die antifaschistische Linke sich mit der autoritären Pandemiepolitik auseinandersetzt, anstatt so schnell mit dem Finger auf andere zu zeigen.

- Es ist angesagt, die autoritäre gesellschaftliche Transformation als solche zu analysieren, statt weitere Spaltungen voranzutreiben.

- Es ist legitim, eine Grundrechtsdebatte zu führen. Ist die Linke bereit dazu?

- Der Vorwurf, dass es sich bei den Corona-Massnahmen-SkeptikerInnen, die mit ihren Forderungen auf die Strasse gehen, um FaschistInnen handelt, ist nicht verifiziert. Wir sollten die Kritik an den Massnahmen nicht den Rechten überlassen, sondern eine linke und feministische Kritik an den staatlich verordneten Corona-Massnahmen formulieren.

Fragen, die uns beschäftigen:

Warum bist du so sicher, auf der richtigen Seite zu stehen?

Woher kommt das plötzliche Vertrauen der Linken in den Staat, was den Umgang mit der Pandemie betrifft?

Warum gibt es in linken Zusammenhängen keine Diskussionen um Herrschaftstechniken mittels Angsterzeugung?

Warum bezieht sich die feministische Bewegung nicht mehr auf ihre eigene Geschichte, die feministischer Wissenschaftskritik und die Frauengesundheitsbewegung, welche die Selbstbestimmung über unsere Körper ins Zentrum stellte nach dem Motto: *Our Bodies, Ourselves*?

Warum gibt es kein Interesse an der Frage, was die Massnahmen bewirken? Warum darf dies nicht den Auswirkungen von Corona gegenübergestellt und die Verhältnismässigkeit diskutiert werden?

Der UN-Hungerbericht erwartet, dass in Folge der Pandemie und der Massnahmen 83 bis 123 Millionen mehr Menschen von Hunger betroffen sein werden.

Demgegenüber haben die 10 grössten Nahrungsmittelkonzerne 10mal mehr Dividenden (18 Milliarden) ausgeschüttet als die UN zur Bekämpfung des Hungers brauchen würde.

<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2020/un-report-nahrungssicherheit-hunger/221914>

Der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller warnte davor, dass in der Folge der Lockdowns 400'000 Malaria-Tote und HIV-Opfer zu erwarten sind sowie eine halbe Million mehr, die an Tuberkulose sterben werden.

25 afrikanische Länder sind vom Staatsbankrott bedroht. Investoren haben aus diesen Ländern 100 Milliarden Euro Kapital abgezogen. (Interview vom 22. September 2020 im Handelsblatt)